

A K T E N V E R M E R K

Betrifft: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit
Ministerpräsident Modrow, 24.11.1989

Ministerpräsident Modrow dankte eingangs für den Besuch, der gerade in der derzeitigen Situation der DDR besonders wichtig sei und hoch eingeschätzt würde.

Zur inneren Lage der DDR sei zunächst folgendes zu sagen: der Rücktritt der alten Regierung und der Beginn von Reformmaßnahmen habe sich über jedes verständliche Maß hinaus verzögert. Dadurch sei die Bevölkerung, vor allem aber die "Fraktion der Jugend" aktiv geworden, und der Rücktritt der alten sowie die Bildung der neuen Regierung habe sich vor dem Hintergrund massiver Demonstrationen und Kundgebungen vollzogen. Es sei ihm wenig Zeit für die Regierungsbildung, wie auch für die Erstellung eines Arbeitsprogramms geblieben.

Als ersten Schritt habe er sich dazu entschlossen, die Regierung zu verkleinern (Koalitionsverteilung 28:11). Das sei eine gute Entscheidung gewesen, die auch öffentliche Zustimmung gefunden hätte. Die Diskussionen um die Wahl des neuen Präsidiums sowie die Befragung der alten Regierung in der Volkskammer seien ebenfalls gut gewesen, weil durch sie viel Dampf abgelassen worden sei. Er sei sich bewußt, daß er mit einem Vertrauensvorschuß lebe, der jederzeit abgefordert werden könne. Nunmehr gelte es, diesen Vertrauensvorschuß in wirkliches Vertrauen umzumünzen.

Die politische Situation im Lande sei sehr kompliziert. Der etablierte politische Einfluß sei nicht mehr bedeutsam. Durch die Kundgebungen und Demonstrationen hätten sich neue politische Bewegungen und Kräfte artikuliert, die nunmehr einbezogen werden müßten. Er habe das Angebot für einen runden Tisch unterbreitet, das auch mehr oder weniger akzeptiert worden wäre. Er halte das für einen wichtigen Teil seiner politischen Arbeit. Einerseits müsse man auf die Stimmung im Lande eingehen, andererseits müßten alle politischen Kräfte in eine Rolle der Verantwortung eingebunden werden. Es gehe nicht an, daß sich eine große Gruppe nur mit dem Befragen der Verantwortlichen begnüge.

Für alle Reformmaßnahmen sei wirtschaftliche Stabilität die Voraussetzung, und angesichts der wirtschaftlichen Situation der DDR seien hier die außenwirtschaftlichen Beziehungen besonders bedeutungsvoll. Österreich sei für die DDR immer ein bedeutsamer Partner gewesen. Die Beziehungen seien von Kontinuität und Vertrauen getragen, und müßten sich auf dieser Basis weiterentwickeln.

Die Gesamtwirtschaftsentwicklung der DDR weise unter den sozialistischen Staaten die günstigsten Bedingungen für einen Erneuerungsprozeß auf, doch müßte inhaltlich eine neue Mobilisierung erfolgen. Manche Instrumentarien der modernen Wirtschaft, die von der alten Regierung abgelehnt worden waren, müßten nun eingeführt werden - vor allem Begriffe wie joint ventures, Kapitaltransfer etc.

Von allergrößter Bedeutung sei es, die bürokratisch überzogene zentralistische Leitung der Wirtschaft schrittweise zu ändern, und das in einem schrittweisen Prozeß, um Instabilität zu vermeiden.

Darüberhinaus gelte es, das gesellschaftliche System als ein sozialistisches zu erneuern, dafür sei ein Programm rechtlicher Entscheidungen, und eine Liste zu erlassender Gesetze erstellt worden. Das Parlament werde viel Arbeit in den nächsten Wochen leisten müssen. Die Volkskammer habe bereits zwei Kommissionen eingesetzt, von denen die eine mit den Änderungen der Verfassung (z.B. Führungsrolle der Arbeiterklasse umformulieren, Schaffung eines Verfassungsgerichtshofs), die andere mit der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes beauftragt wurde.

In der Außenpolitik messe er der europäischen Politik hohen Rang zu. Dieser besondere Vorrang für europäische Initiativen sei neu in der außenpolitischen Gesamtkonzeption. Auch in diesem Sinne sei der Besuch des Herrn Bundeskanzlers so besonders wichtig.

Selbstverständlich würden alle Bündnisbeziehungen eingehalten, und die Beziehungen zur UdSSR seien durch die gegenseitige Wirtschaftsverflechtung nach wie vor besonders wichtig.

Was die Beziehungen zur BRD betreffe, so sei in den Sondierungen mit Seiters zu spüren gewesen, daß hier noch eine wichtige Arbeitsphase notwendig sei. Die ständigen Einmischungen aus der BRD zeigten, daß wenig Vertrauen und Respekt für die Souveränität der DDR vorhanden sei. Natürlich habe die Entscheidung für die offene Grenze die Situation qualitativ verändert. Das Angebot der DDR lege vor, und man habe das Wort von der Vertragsgemeinschaft geprägt - wie breit und wie vielfältig diese Vertragsgemeinschaft sein könne, müsse jetzt ausgelotet werden.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich hätten sich gut entwickelt, und man sei sehr interessiert an ihrer Fortsetzung. Die hohe Beteiligung Österreichs an der Herbstmesse habe dieses Interesse auch der österr. Unternehmer unterstrichen. In Kontinuität und Stabilität wolle man nun weiterarbeiten.

Durch den jährlichen Rahmenvertrag sei man mit Österreich am weitesten in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen.

Der Herr Bundeskanzler dankte für die umfassende und freimütige Darstellung. Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR seien auf allen Gebieten, auch im kulturellen Bereich und im Fremdenverkehr, ausgezeichnet, und der Rahmenvertrag sei ein gutes Signal, daß dies auch in Zukunft so weitergehen solle. Im wirtschaftlichen Bereich lege Österreich großen Wert auf Zusammenarbeit in der Umwelttechnologie, und man würde hier gerne einige gemeinsame Initiativen entwickeln. Der Herr Bundeskanzler gab sodann einen kurzen Überblick über die ausgezeichnete österreichische Wirtschaftsentwicklung, sowie über die österreichische Integrationspolitik, und verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß das Festhalten Österreichs an der Neutralität und der Neutralitätspolitik gerade jetzt, in Anbetracht der Umgestaltungen bei den osteuropäischen Nachbarstaaten, von großer Bedeutung sei.

Der Herr Bundeskanzler verwies darauf, daß er vor seiner Abreise noch ein ORF-Interview mit Herrn Krenz gehört habe, wo dieser auch mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung konfrontiert worden sei. Krenz habe dazu gemeint, daß das kein vordringliches Interesse der Bevölkerung der DDR sei. Österreich betrachte dies primär als eine Entscheidung, die von den deutschen Staaten zu treffen sei und würde auch die dieser Entscheidung respektieren. Andererseits müsse man aber auch den gesamteuropäischen Zusammenhang und in diesem Sinne auch die Beschlüsse der KSZE über die Stabilität in Europa in Betracht ziehen.

Der Übergang zu einer Pluralität des politischen Spektrums und deren staatsrechtliche Verankerung habe in Österreich viel aktives und sympathisierendes Interesse ausgelöst, das sich auch auf die Kooperation und die Unterstützung auswirken würde. Man habe nun im "Ost-West-Fonds" eine neue Konstruktion für die finanzpolitische Zusammenarbeit gefunden und könne für gemeinsame Investitionsprojekte und joint ventures etc. eine gesunde Basis anbieten. Österreich würde sich auch in den internationalen Gremien zugunsten der osteuropäischen Staaten aktiv engagieren. Leider seien in letzter Zeit einige Wirtschaftsprojekte in der DDR für Österreich verloren gegangen (z.B. BUNA, Leuna), und er wolle auch gerade deshalb das österreichische Interesse an der Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit deponieren.

MPr Modrow nahm dann noch kurz zur Frage der Wiedervereinigung Stellung. Diese habe verschiedene Aspekte: sie entspreche einerseits einem natürlichen Bedürfnis der Menschen, habe aber andererseits auch einige chauvinistische Aspekte (Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937). Die Situation in Europa sei heute an die Existenz zweier deutscher Staaten gebunden, und das sei das Verständnis, von dem man auszugehen habe. Selbstverständlich müsse man die Geschichte als einen Przeß sehen, der nicht stehenbleibe, aber jede diesbezügliche Veränderung werde viel Zeit

- 5 -

brauchen und internationales Denken über weite Phasen. Er selbst könne sich eine Lösung dieses Problems höchstens innerhalb der "föderativen Strukturen eines größeren Europa" vorstellen. Es sei in diesem Zusammenhang für ihn besonders wichtig, den Prozeß der inneren Erneuerung mit allem zu verbinden, was europäische Verantwortung zeige.

Der Herr Bundeskanzler ist am Nachmittag des 24.11. noch zu Gesprächen mit Herrn de Maiziere (CDU), Herrn Steffen Reiche (SDP) und Herrn Prof. Jens Reich (Forum) sowie mit Bürgermeister Momper zusammengetroffen.

Now 2/12